



Dokumentation der Demokratiekonferenz 2025

Goslar | Haus Hessenkopf | 13.08.2025

Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Liebe Mitwirkende der Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Goslar,

Ihnen gilt unser Dank: Für Ihr Engagement in der Gesellschaft, ihren Einsatz für die Menschen, für die Aufrechterhaltung der Demokratie, für Diskurse, Vielfalt und das Ermöglichen von Teilhabe.

Mit dieser Dokumentation blicken wir zurück auf unsere Demokratiekonferenz, die am 13.08.2025 im Haus Hessenkopf stattgefunden hat. Sie können nachlesen, was wir diskutiert haben, was Sie erarbeitet haben und sie dient als Leitfaden für das nächste Förderjahr.

Denn es hat sich einiges geändert: Nicht nur im gesellschaftlichen Zusammenleben, sondern auch im Bundesprogramm Demokratie leben!

Diese Veränderungen haben wir mit der Demokratiekonferenz erfasst, diskutiert und weiterentwickelt, so, dass wir im nächsten Jahr gemeinsam die Projekte umsetzen können, die notwendig sind in veränderten Zeiten.

Zusammenkommen ist ein Beginn,

Zusammenbleiben ist ein Fortschritt,

Zusammenarbeiten ist ein Erfolg.

Die Partnerschaft für Demokratie (PfD) im Landkreis Goslar

Goslar, im September 2025

Das Team des federführenden Amtes
der Partnerschaft für Demokratie
im Landkreis Goslar

Inhalt

Tagesordnung	4
Die 3. Förderperiode Demokratie leben! – Inhalte und Veränderungen	5
Oliver Turk. Spurensuche Harzregion e.V., Vortrag „Arbeit für ein demokratisches Zusammenleben – Wie die Aufarbeitung lokaler Geschichte vor Extremismus schützen kann“	7
Die Situations- und Ressourcenanalyse der 3. Förderperiode	10
Arbeitsphase. Situationen und Bedarfe im Landkreis Goslar	11
Handlungsfeld „Aufnahmegesellschaft Landkreis Goslar“	11
Handlungsfeld „EinwohnerInnenstruktur im Landkreis Goslar“	12
Handlungsfeld „Kriminalitätsentwicklung“	12
Handlungsfeld „Rassismus Extremismus Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“	13
Welche Situationen und Bedarfe fehlen?	14
Zielplanung 2026 und Ausblick.....	15
Zahlen und Fakten zur Demokratiekonferenz	18
Anhang	19
Arbeitsergebnisse der Arbeitsphase	19
Aufnahmegesellschaft Landkreis Goslar	19
EinwohnerInnenstruktur im Landkreis Goslar	20
Kriminalitätsentwicklung	20
Rassismus Extremismus Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	21
Zur freien Entfaltung.....	22
Anmerkungen Lob Kritik	22

Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Publizierenden dieser Veröffentlichung die Verantwortung.

Tagesordnung

TAGESORDNUNG		
Come together	14:30 Uhr	Alle
Begrüßung	15:00 Uhr	Gaby Töpperwien
Grußwort	15:05 Uhr	Annamaria Staicu Fachbereichsleitung Familie, Jugend & Soziales
Vorstellung der neuen Inhalte und Veränderungen des Bundes- programms Demokratie Leben! in der 3. Förderperiode mit Aus- tausch	15:20 Uhr	Gaby Töpperwien, Fach- gruppenleitung Flüchtlings- und Integrationsmanage- ment
Impulsvortrag „ Arbeit für ein de- mokratisches Zusammenleben – Wie die Aufarbeitung lokaler Ge- schichte vor Extremismus schüt- zen kann “	15:35 Uhr	Oliver Turk, Spurensuche Harzregion e.V.
Einführung in das Thema Situa- tions- und Ressourcenanalyse + Arbeitsauftrag nach der Pause	16:00 Uhr	Patrick Vossler, Federführen- des Amt Demokratie leben!
Pause	16:10 Uhr	
Kleingruppenarbeit in Murrel- gruppen	16:30 Uhr	Alle
Ergebnispräsentation der Klein- gruppen und Diskussion	17:00 Uhr	Alle
Vorstellung der Ziele für das nächste Förderjahr	17:15 Uhr	Gaby Töpperwien, Patrick Vossler, Gaby Drost, Jugend- forum
Ausblick	17:40 Uhr	Gaby Töpperwien
Ausklang	17:45 Uhr	Alle

Die 3. Förderperiode Demokratie leben! – Inhalte und Veränderungen

Die neue Förderperiode ist gestartet und eigentlich sind wir alle schon mittendrin im neuen Förderjahr. Vieles hat sich geändert. Angefangen bei den Abrechnungsmodalitäten, über die Erweiterung des Bündnisses bis hin zu den Richtlinien des Neutralitätsgebotes. Alles Regelungen, die mit Leben gefüllt sein wollen und bei denen es Herausforderungen gibt.

Über diese Herausforderungen wurde regelmäßig in den Sitzungen des Bündnisses der Partnerschaft für Demokratie berichtet und diskutiert. Alle Beteiligten geben sich die beste Mühe, die Vorgaben des Bundesprogramms so umzusetzen, dass beantragte Projekte gut umgesetzt werden können – für ein demokratisches Miteinander im Landkreis Goslar.

Über diese Herausforderungen wurde regelmäßig in den Sitzungen des Bündnisses der Partnerschaft für Demokratie berichtet und diskutiert. Alle Beteiligten geben sich die beste Mühe, die Vorgaben des Bundesprogramms so umzusetzen, dass beantragte Projekte gut umgesetzt werden können – für ein demokratisches Miteinander im Landkreis Goslar.

Wesentliche Veränderungen

Änderungen erfolgen insbesondere um

- die Effektivität zu steigern,
- auf aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen einzugehen.

Änderungen

- Förderperiode 8 Jahre bei jährlichen Anträgen,
- Weitergewährung abhängig von der Zielerreichung,
- Ziele und Strukturen wurden neu justiert und stärker fokussiert,
- Begleitausschuss wird zum Bündnis,
- Ämternetzwerk,
- DL legt die Handlungsziele für die PfD fest.



Im ersten Teil der Demokratiekonferenz wurden die wesentlichen Veränderungen der neuen Förderperiode vorgestellt und besprochen. Klar ist, dass die neue Förderperiode den politischen Veränderungen der letzten Jahre angepasst worden ist. Die zu erreichenden Ziele sind der Partnerschaft für Demokratie wesentlich detaillierter vorgegeben. Die Förderperiode hat sich zwar auf acht Jahre verlängert, die Förderjahre müssen aber einzeln beantragt werden und werden ihrer an Zielerreichung gemessen. Die PfD muss also genauer hinschauen und

Ziele

Übergeordnetes Ziel, Handlungsfelder

Das übergeordnete Ziel des Bundesprogramms ist es, zur Stärkung der Demokratie und eines friedlichen, respektvollen Zusammenlebens beizutragen, Teilhabe zu fördern und die Arbeit gegen jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Demokratiefeindlichkeit zu ermöglichen.

Der Dreiklang der Programmziele bleibt erhalten

- **Demokratie fördern**
- **Vielfalt gestalten**
- **Extremismus vorbeugen**




genauer planen, welche Projekte wann Sinn machen und der Zielerreichung dienlich sind.

Ziele
Programmbereiche

Programmbereiche

1. Entwicklung einer Bundeszentralen Infrastruktur
2. Landes-Demokratiezentren
- 3. Partnerschaften für Demokratie**
4. Innovationsprojekte
5. Extremismusprävention in Strafvollzug und Bewährungshilfe

→ In den jeweiligen Programmbereichen werden die Themenfelder, Ziele und Förderung festgelegt.
→ Bund gibt 27 Handlungsziele vor.
→ Überjährige Strategieplanung erforderlich.

5 

Einige Ziele hat die Pfd schon erfolgreich gemeistert. Die Erweiterung des Bündnisses ist mit der Aufnahme von 13 neuen Organisationen und Vereinen noch bunter geworden und ist breiter aufgestellt.

Der Ablauf der Demokratiekonferenz ist den neuen Anforderungen entsprechend gegliedert. Nach dem grundlegenden Input über die Erwartungen, die die neue Förderperiode an die PfdEn stellt, begann die inhaltliche Arbeit. Mit einem Impuls von Oliver Turk, Spurensuche Harzregion e.V., ging es in die Erarbeitung der Bedarfe im Landkreis Goslar, woraus dann im nächsten Schritt die Ausrichtung der Pfd gestaltet werden kann und aus der sich die eigentliche Projektarbeit ergibt.


ging es in die Erarbeitung der Bedarfe im Landkreis Goslar, woraus dann im nächsten Schritt die Ausrichtung der Pfd gestaltet werden kann und aus der sich die eigentliche Projektarbeit ergibt.

Situationswissen
Handlungsziele

Den Handlungszielen, geht ein Bedarf voraus. Deshalb ist es von großer Wichtigkeit über Situationswissen zu den verschiedenen Handlungsfeldern zu verfügen, um passgenaue Projekte und Aktionen durchzuführen.

Oliver Turk, Spurensuche Harzregion e.V. wird einen Impuls für unsere Gruppenarbeit geben.

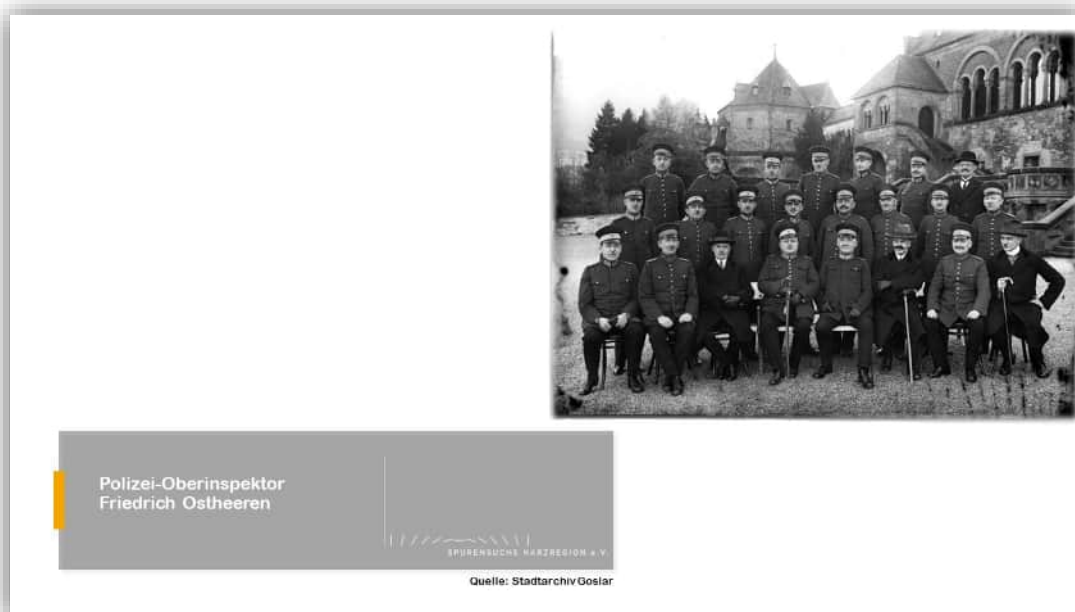
**Arbeit für ein demokratisches Zusammenleben –
Wie die Aufarbeitung lokaler Geschichte vor
Extremismus schützen kann.**

6 

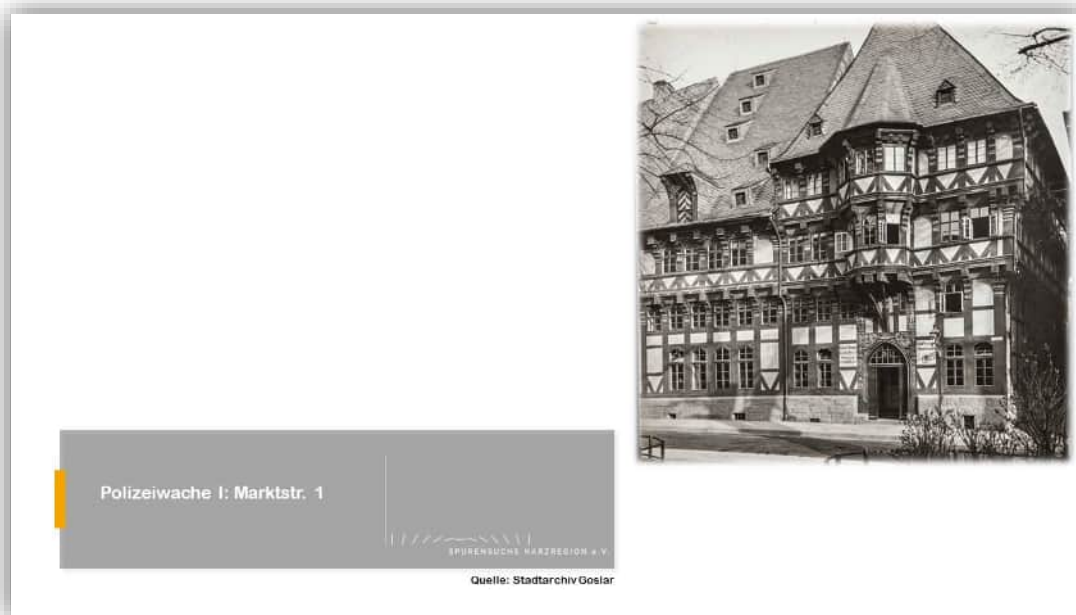
Oliver Turk. Spurensuche Harzregion e.V., Vortrag „Arbeit für ein demokratisches Zusammenleben – Wie die Aufarbeitung lokaler Geschichte vor Extremismus schützen kann“



In seinem beeindruckenden und bewegendem Vortrag stellte der Vorsitzende von Spurensuche Harzregion e.V. die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit lokaler Geschichte heraus. Der Zugang zur Geschichte wird durch den lokalen Bezug wesentlicher erfahrbarer und nachvollziehbarer. Geschichte ist nicht mehr abstrakt und weit entfernt.



Oliver Turk zeichnete anhand der Biografie des Polizei-Oberinspektors Friedrich Ostheeren nach, wie sich die gesellschaftlichen Umbrüche der Weimarer Republik hin zum Nationalsozialismus in Goslar vollzogen und ganz konkret zur Ermordung von Friedrich Ostheeren führten.



Friedrich Ostheeren war vor allem gesetzestreu, auch nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten. Die ständigen Übergriffe der SA in der Goslarer Innenstadt missbilligte er, dem Hissen der Hakenkreuzfahne an Rathaus und Gewerkschaftshaus widersetzte er sich.¹ Friedrich Ostheeren wurde zwangsbeurlaubt, wogegen er Widerspruch einlegte. Er war noch immer von der Rechtsstaatlichkeit überzeugt.



¹ Vgl Schyga, Peter, Goslar 1918-1945: von der nationalen Stadt zur Reichsbauernstadt des Nationalsozialismus, Bielefeld 1999, S. 141ff

Dies führte zu einer intensiven Untersuchung, im Rahmen derer Friedrich Ostheeren im Juli 1933 ins Rathaus Goslar bestellt wurde und von einem Schlägertrupp der SA so sehr verprügelt wurde, dass er an den Folgen im April 1934 verstarb.

Eine Mahnung, die alle berührt und angeht: Ein gesetzestreuer Polizist, der am Ende wegen seines Einsatzes für das Recht verstarb. Ein Verbrechen aus der Mitte der Gesellschaft, mitten in Goslar, am helllichten Tag.

Friedrich Ostheeren wurde am 25.06.2025 mit einem Stolperstein geehrt, eine Erinnerung und Aufforderung aktiv zu werden für die Demokratie. Die Polizeiinspektion Goslar hat die Patenschaft für den Stolperstein übernommen.

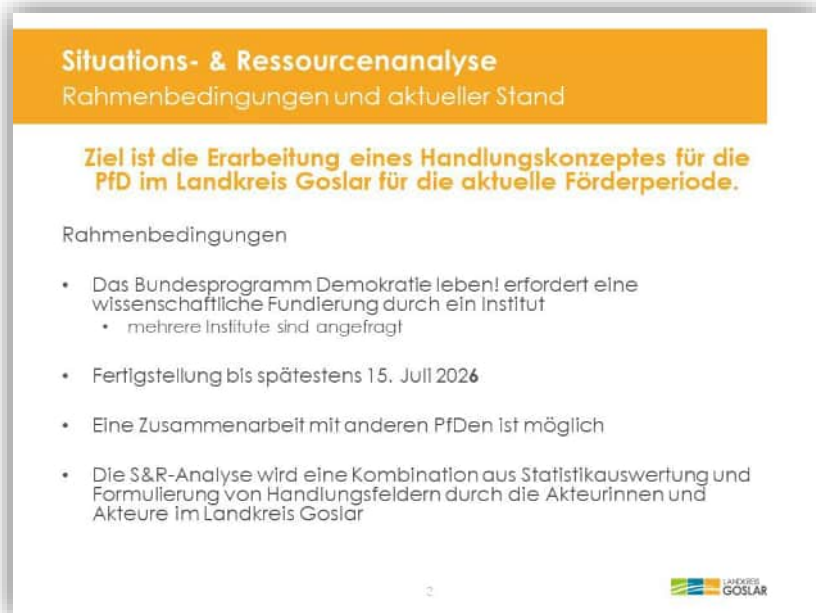
„Die Erinnerung an Menschen wie Friedrich Ostheeren dient nicht nur der historischen Aufarbeitung, sondern auch als Mahnung an die Gegenwart. Durch das Bewahren der Erinnerung an diese Ereignisse soll gewährleistet werden, dass solche Verbrechen nicht erneut geschehen und dass Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde dauerhaft geschützt bleiben.“²



² Turk, Oliver, Stolperstein für tapferen Polizisten, Goslarsche Zeitung, 14.06.2026, S. 20

Die Situations- und Ressourcenanalyse der 3. Förderperiode

In der dritten Förderperiode sieht das Bundesprogramm Demokratie leben! die Ausarbeitung einer Situations- und Ressourcenanalyse vor. Die S&R-Analyse soll durch ein wissenschaftliches Institut durchgeführt werden. Dieses Vorgehen gewährleistet die wissenschaftliche Fundierung der Analyse und liefert der Pfd einen „Blick von außen“ auf die Kommune ermöglichen.




Situations- & Ressourcenanalyse
Rahmenbedingungen und aktueller Stand

Ziel ist die Erarbeitung eines Handlungskonzeptes für die Pfd im Landkreis Goslar für die aktuelle Förderperiode.

Rahmenbedingungen

- Das Bundesprogramm Demokratie leben! erfordert eine wissenschaftliche Fundierung durch ein Institut
 - mehrere Institute sind angefragt
- Fertigstellung bis spätestens 15. Juli 2026
- Eine Zusammenarbeit mit anderen Pfden ist möglich
- Die S&R-Analyse wird eine Kombination aus Statistikauswertung und Formulierung von Handlungsfeldern durch die AkteurInnen und Akteure im Landkreis Goslar

2 

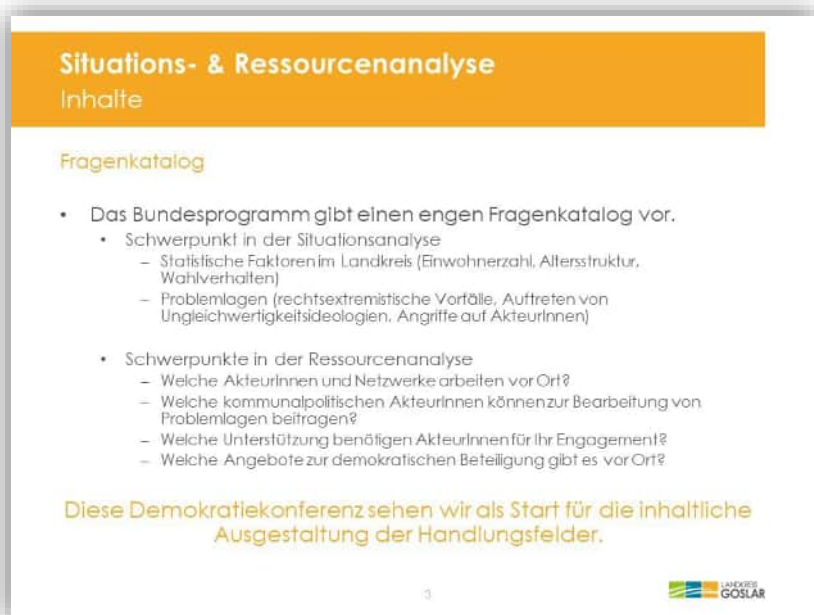
Der Erhebung der S&R-Analyse wird eng im Austausch mit der Pfd erfolgen. Hierfür sind gemeinsame Workshops mit dem ausführenden Institut vorgesehen, in denen AkteurInnen der Zivilgesellschaft die Bedarfe und Ressourcen der Pfd erarbeiten.

Das Insitut begleitet und moderiert die Veranstaltungen,

ist teilnehmender Beobachter und wertet die Ergebnisse der Workshops aus.

Ein zweiter Teil wird die statistische Auswertung der Situation in der Kommune sein. Hierfür werden Daten ausgewertet, aus denen die Zusammensetzung der Bevölkerung, die Beschäftigungssituation, aber auch Fragen rund um das gesellschaftliche Zusammenleben erfasst werden (Demografie, Arbeitslosigkeit, Kriminalität). Die Auswertung erfolgt durch das Institut und wird mit den Ergebnissen der Workshops verknüpft.

Am Ende hält die Pfd im Landkreis Goslar eine Auswertung in den Händen, anhand derer sie die Förderperiode bis 2032 gezielt im Sinne des demokratischen Zusammenlebens, der Vielfalt und Teilhabe in einer toleranten und offen Gesellschaft inhaltlich ausrichten kann.




Situations- & Ressourcenanalyse
Inhalte

Fragenkatalog

- Das Bundesprogramm gibt einen engen Fragenkatalog vor.
 - Schwerpunkt in der Situationsanalyse
 - Statistische Faktoren im Landkreis (Einwohnerzahl, Altersstruktur, Wahlverhalten)
 - Problemlagen (rechtsextremistische Vorfälle, Auftreten von Ungleichwertigkeitsideologien, Angriffe auf AkteurInnen)
 - Schwerpunkte in der Ressourcenanalyse
 - Welche AkteurInnen und Netzwerke arbeiten vor Ort?
 - Welche kommunalpolitischen AkteurInnen können zur Bearbeitung von Problemlagen beitragen?
 - Welche Unterstützung benötigen AkteurInnen für Ihr Engagement?
 - Welche Angebote zur demokratischen Beteiligung gibt es vor Ort?

Diese Demokratiekonferenz sehen wir als Start für die inhaltliche Ausgestaltung der Handlungsfelder.

3 

Arbeitsphase. Situationen und Bedarfe im Landkreis Goslar

Für die Situations- und Ressourcenanalyse wurde auf der Demokratiekonferenz Vorarbeit geleistet. Die Teilnehmenden der Demokratiekonferenz setzten sich mit vier Handlungsfeldern auseinander, besprachen und dokumentierten Situation und Bedarfe (vollständige Auflistung siehe Anhang).

Die vier Themenbereiche sind als Handlungsfelder aus der Demokratiekonferenz 2024 hervorgegangen und in die Beantragung für die neue Förderperiode als Schwerpunkte der Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Goslar eingeflossen.

Die Handlungsfelder wurden durch Thesen eingeleitet.

Im folgenden werden die Ergebnisse zusammengefasst und vorgestellt.

Handlungsfeld „Aufnahmegesellschaft Landkreis Goslar“

Im Handlungsfeld „Aufnahmegesellschaft Landkreises Goslar“ wurden die Schwerpunkte Wohnungsmarkt, Kinderbetreuung, Ehrenamt / Zivilgesellschaft und Arbeitsmarkt diskutiert: alles zentrale Punkte für eine gelungene Integration von Zugewanderten.

Die Kinderbetreuung sticht hier im Besonderen hervor, da von einer guten Kinderbetreuung die Integration von Frauen abhängt.

Der Arbeitsmarkt sei zwar gut ausgestattet, häufig sei der Abstand zwischen gezahlten Löhnen und Sozialleistungen zu gering.

Im Bereich des zivilgesellschaftlichen und ehrenamtlichen Engagements habe sich in den letzten Jahren eine Desillusionierung bei den Akteurinnen und Akteuren breitgemacht. Es gäbe zu wenig Orte für Begegnungen und leider sei auch die Sprache häufig eine Barriere.

Aus dieser Situationsbeschreibung, leiten sich folgende Bedarfe ab:

Guter, bezahlbarer Wohnraum wird benötigt.

Damit Frauen am gesellschaftlichen und beruflichen Leben teilhaben können und die Integration in die Gesellschaft gelingt, ist eine gut ausgebaute Struktur der Kinderbetreuung notwendig. Dies ist eine der größten Herausforderungen im ländlichen Raum.

Im Bereich des ehrenamtlichen Engagements und der zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure bedarf es Unterstützung. Junge Leute mit guten Ideen zu berühren und damit zum Engagement zu führen, sei notwendig. Dafür müssen gute Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Hier sei auch der Kreis der zugewanderten Bürgerinnen und Bürger eine Ressource, die aktiviert werden könne.

Handlungsfeld „EinwohnerInnenstruktur im Landkreis Goslar“

Hier findet in der Diskussion vor allem der demografische Wandel statt. Die Folgen sind inzwischen spürbar, obwohl der Prozess gerade am Anfang steht: Das steigende Durchschnittsalter im Landkreis Goslar bringt erhebliche Herausforderungen mit sich. Fachkräftemangel in der Pflege, die Abwanderung junger Menschen, geschlossenen Arztpraxen, lange Wartezeiten bei Fachärzten, eine unzureichend ausgebaute Infrastruktur, sind die Auswirkungen, die ohne einen gezielten Zuzug von Menschen in den nächsten Jahren noch größer werden. Jungen Menschen, so ist der Tenor, wird im Landkreis Goslar zu wenig geboten, angefangen von der Jugendpflege über gute Ausbildungsmöglichkeiten bis hin zu guten Arbeitsplätzen.

Bei den Bedarfen wurde deshalb die Arbeit mit und für junge Menschen hervorgehoben, hierbei aber auch die ältere Generation mitgedacht. Es bräuchte ein freundlicheres Klima, Projekte, die Jung und Alt zusammenführen, Mehrgenerationenhäuser, Mütterzentren und eine flexiblere Infrastruktur.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sei deshalb auch ein gesellschaftlicher Einstellungswechsel gegenüber Geflüchteten Menschen von Nöten: „Asylbewerber als Chance“. Hierzu gehören die Akzeptanz von Vielfalt, aber auch ganz praktische Dinge, wie z.B. die schnellere Anerkennung von Abschlüssen. Integration über die Sprache und den Arbeitsmarkt hilft der ganzen Gesellschaft.

Handlungsfeld „Kriminalitätsentwicklung“

Das Feld der Kriminalitätsentwicklung wird seit Jahren umstritten diskutiert und politisiert. Hier legen demokratiefeindliche Kräfte häufig den Hebel an, um mit aus dem Zusammenhang genommenen Zahlen, Meinung zu erzeugen.

Die Entwicklung der Kriminalitätsraten der letzten 30 Jahre zeigt ein anderes Bild: Trotz gestiegener Bevölkerungszahl ist Deutschland ein friedliches Land, der Landkreis Goslar sogar um noch einiges friedlicher. Eine der Arbeitsgruppen hat deshalb herausgearbeitet, dass das subjektive Empfinden der Kriminalitätssituation nicht zur Realität passt.

Einig waren sich die Arbeitsgruppen, dass der gesamte Bereich des Internets und im besonderen die Möglichkeiten, die Social Media in der Erreichung den Menschen inne hat, eine herausgehobene Rolle spielt. „Hass im Netz“, ob gruppenbezogen oder ganz gezielt zur Einschüchterung von Akteurinnen und Akteuren, hat seine gesellschaftsverändernde Wirkung inzwischen voll ausgebreitet.

Ein Bereich der Kriminalitätsentwicklung bleibt aber hervorzuheben, dass es einen Bereich gibt, in dem es in den letzten Jahren zu einem stetigen Anstieg der Häufigkeit gekommen ist: Die häuslichen Gewalt.

Es bedarf Schulungen im Umgang mit Social Media. Auch für die Eltern, aber vor allem für Kinder, die ja die Eltern von morgen sein werden.

Grundsätzlich sei das Erlernen eines konstruktiven Umgangs miteinander notwendig. Hiermit sollte schon in der Grundschule begonnen werden. Empathie, aber auch Fähigkeiten, mit Frust umzugehen, sollten geschult werden, um den Umgang der Menschen untereinander respektvoller zu gestalten.

Auch eine Zivilcouragekampagne in Zusammenarbeit mit Polizei / Feuerwehren / Schulen und anderen Einrichtungen wurde diskutiert.

Raum für Treffpunkte, die sozialarbeiterisch betreut werden, ist ein weiterer Bedarf. Im Stadtbild können auch Streetworker unterstützend tätig sein.

Zum Umgang mit dem Feld häuslicher Gewalt, gibt es im Landkreis Goslar den Bedarf eine Fachberatungsstelle.

Und schließlich fehle es an einer neutralen Anlaufstelle zur Erfassung von Übergriffen, Tötlichkeiten und rechtsextremen Vorkommnissen, bei der im ersten Schritt die eigenen Daten nicht weitergeben werden müssen.

Handlungsfeld „Rassismus | Extremismus | Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“

Im Grunde wurden in diesem Handlungsfeld die einleitenden Thesen bestätigt (siehe Anhang). Die Arbeit rechter Akteure der letzten Jahrzehnte habe zu einer Diskursverschiebung geführt, die sich nun in Wahlergebnissen niederschlägt. Damit sind in den Parlamenten inzwischen Meinungen vertreten, die vor Jahren vor allem noch „auf der Straße“ zu hören waren.

Mit dem Einzug in die Parlamente verschiebt sich nun nicht nur der Diskurs weiter hin zu einer Debatte, in der Ungleichwertigkeitsideologien eine größere Rolle spielen, sondern diese finden sich auch in Beschlüssen wieder. Die Situation für prekarierte Menschen wird schwieriger.

Erschwert wird die Situation durch die wenig regulierte Situation in den sozialen Netzwerken. Fake News und Algorithmen, die die eigene Echokammer verstärken, führen zu Radikalisierungen. Die Meinungen an den Rändern des politischen Spektrums werden lauter und finden durch die sozialen Medien mehr und mehr Gehör.

Die bürgerliche Mitte sei häufig zu leise und träte zu selten offen für die Demokratie ein.

Es bedarf der besseren Schulung im Umgang mit sozialen Medien. Fakten müssen besser einschätzbar und bewertbar werden. Fake News sollten leichter erkannt werden können. Faktenchecks sind notwendig.

Vor allem aber physische Begegnung und Austausch schaffe Verständnis füreinander und kann ein erster Schritt für eine Inklusion sein, wodurch Ungleichwertigkeitsdenken aktiv zurückgedrängt werde.

Um hierzu in die Diskussion gehen zu können, ist ein Argumentationstraining für Akteurinnen und Akteure hilfreich.

Welche Situationen und Bedarfe fehlen?

Auf zwei weiteren Tafeln konnten unabhängig von den vorgegebenen Handlungsfeldern freie Texte formuliert und Ideen gesammelt werden. Auch diese sind im Anhang dokumentiert.

Die Inhalte der Tafeln zusammengefasst, zeigt sich auch hier, dass der Austausch miteinander und die Bildung Schlüssel sind, um Situationen anzugehen und zu bearbeiten.

So fehle im Schulunterricht die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Kommune. Der Teil des Staatsaufbaus, der am dichtesten beim Bürger ist, findet kaum Beachtung. Angesichtes der Kommunalwahlen im Jahr 2026, ist das ein Thema, das aufgegriffen werden sollte. Politische Teilhabe im kommunalen Raum ist hier das Stichwort.

Und ein weiteres Stichwort, das es hier hervorzuheben gilt, ist die Feststellung, dass internationale Kontakte zum besseren Verständnis untereinander beitragen.

Zielplanung 2026 und Ausblick

Die Zielplanung des nächsten Jahres lässt sich aus der überjährigen Strategieplanung der Ziele für die Partnerschaft für Demokratie herleiten. Die Handlungsziele bis 2032 sind durch das Bundesprogramm vorgegeben. Insgesamt sind 27 Ziele in der Förderperiode zu erfüllen.

In 2025 wurden acht Ziele bearbeitet, zwei Ziele wurden erfüllt.

Mit dem überjährigen Strategieplan wurden fünf neue Ziele für das Jahr 2026 identifiziert. Hierauf wird im abschließenden Kapitel näher eingegangen.



Auf den folgenden Seiten sind die Zielfelder dokumentiert und die für das nächste Jahr abgeleiteten Ziele dargestellt.

Demokratische Selbstwirksamkeit ermöglichen und stärken

Zielfeld 1

Die Partnerschaften konzipieren gemeinsam mit Zielgruppen teilhabeorientierte Maßnahmen und innovative Formate, die das Erleben von demokratischer Selbstwirksamkeit im unmittelbaren Lebensumfeld ermöglichen. Sie tragen auf diese Weise zum Aufbau von Vertrauen in demokratische Prozesse, Akteurinnen und Akteure sowie Institutionen bei und vermitteln Wissen und praktische Erfahrungen über die Demokratie und ihre Funktionsweise und befähigen zur Inanspruchnahme von Beteiligungschancen; auch marginalisierte Gruppen. Das Engagement von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen soll dabei besondere Aufmerksamkeit erhalten.

Handlungsziel 1.1

Einwohnerinnen und Einwohner sind offen für demokratische Beteiligung (2025, 2026)

Handlungsziel 1.2

Einwohnerinnen und Einwohner sind informiert über die unterschiedlichen Möglichkeiten der demokratischen Beteiligung (2025, 2026)

Handlungsziel 1.3

Einwohnerinnen und Einwohner machen positive Erfahrungen in partizipativen Prozessen (2025, 2026)

Handlungsziel 1.4

Einwohnerinnen und Einwohner erwerben Kompetenzen zu demokratischen Aushandlungsprozessen (2026)

Demokratische Bündnisse erweitern

Zielfeld 2

Die Partnerschaften setzen sich ausdrücklich zum Ziel, in der Breite Unterstützerinnen und Unterstützer sowie Bündnispartnerinnen und Bündnispartner zu gewinnen und ihren Resonanzraum auf diese Weise stetig zu erweitern und zu stabilisieren mit dem Ziel, eine breite lokale Verantwortungsgemeinschaft zu schaffen. Dazu gehört auch, dass sie aktiv die Zusammenarbeit mit relevanten Institutionen und Organisationen von weiteren im Fördergebiet aktiven Programmen mit ähnlicher Zielrichtung suchen. Die Partnerschaften sind zudem aktive Partnerinnen im Verbund mit für sie relevanten und verfügbaren landes- und bundesweiten Akteurinnen und Akteuren der Demokratieförderung.

Handlungsziel 2.1

Alle demokratischen lokalen Akteurinnen und Akteure sind über das Bündnis informiert (2026)

Handlungsziel 2.2

Die Zahl der regelmäßig am Bündnis beteiligten Akteurinnen und Akteure sich (2025)

Handlungsziel 2.3

Die Diversität der regelmäßig am Bündnis beteiligten Akteurinnen und Akteure erweitert sich (2025)

Handlungsziel 2.4

Die am Bündnis beteiligten Akteurinnen und Akteure stehen öffentlich für demokratische Werte ein (2026)

Handlungsziel 2.5

Die am Bündnis beteiligten Akteurinnen und Akteure kennen das Konzept der Ambiguitätstoleranz



Handlungssicherheit mit lokalen Herausforderungen erhöhen

Zielfeld 3

Die Akteurinnen und Akteure der Partnerschaft für Demokratie (Leitung der Verwaltung, Federführendes Amt, Koordinierungs- und Fachstelle, Jugendforum, Mitglieder des Bündnisses) sind handlungssicher im Umgang mit lokalen Herausforderungen wie zum Beispiel im Umgang mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Akteurinnen und Akteuren sowie deren Aktivitäten.

Handlungsziel 3.1

Akteurinnen und Akteure verfügen über aktuellen, lokales Situationswissen (2025, 2026)

Handlungsziel 3.2

Akteurinnen und Akteure kennen unterschiedliche Ansätze zur Adressierung der lokalen Herausforderungen (2026)

Handlungsziel 3.3

Akteurinnen und Akteure treffen strategische Entscheidungen, die am Bedarf und an den Ressourcen ausgerichtet sind

Handlungsziel 3.4

Akteurinnen und Akteure passen die Strategie bedarfsorientiert an

Handlungsziel 3.5

Akteurinnen und Akteure verfügen über gesprächsführungs- und Konfliktlösungsmöglichkeiten (2026)



Demokratieskeptische Menschen ansprechen

Zielfeld 4

Die Partnerschaften entwickeln einen proaktiven, konstruktiven Umgang mit dem Thema Demokratieskepsis. Sie versuchen, demokratieskeptische Menschen durch teilhabeorientierte Maßnahmen in ihrer jeweiligen Lebenssituation anzusprechen, ihnen Artikulations- und Reflexionsräume zu geben sowie sie zu ermutigen, im Rahmen des demokratischen Rechtsstaates an demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten zu partizipieren und darin Selbstwirksamkeit zu erfahren.

Handlungsziel 4.1

Einwohnerinnen und Einwohner mit demokratieskeptischen Einstellungen finden zielgruppengerechte Formate

Handlungsziel 4.2

Einwohnerinnen und Einwohner mit demokratieskeptischen Einstellungen beteiligen sich an demokratischen Diskursen

Handlungsziel 4.3

Die demokratische Selbstwirksamkeit von Einwohnerinnen und Einwohnern mit demokratieskeptischen Einstellungen nimmt zu

Handlungsziel 4.4

Das Vertrauen von Einwohnerinnen und Einwohnern mit demokratieskeptischen Einstellungen in die Demokratie nimmt zu

Kompetenzen im Umgang mit Konflikten stärken

Zielfeld 5

Die Partnerschaften unterstützen Voraussetzungen zur demokratischen Konfliktbearbeitung vor Ort. Dies bedeutet einen Ausbau der Kompetenzen zur Konfliktbearbeitung (zum Beispiel über Weiterbildung und Vernetzung). Sie fördern strukturelle Rahmenbedingungen zur Realisierung einer nachhaltigen, demokratischen Dialog- und Konfliktkultur.

Handlungsziel 5.1

Akteurinnen und Akteure sind über Konflikte und konstruktive Konfliktlösungsstrategien informiert

Handlungsziel 5.2

Akteurinnen und Akteure können Konflikte identifizieren und erkennen ihre Verantwortung und Rolle in dem Konflikt (2024)

Handlungsziel 5.3

Akteurinnen und Akteure nehmen an Angeboten zur Erhebung demokratischer Konfliktlösungskompetenzen teil

Handlungsziel 5.4

Einwohnerinnen und Einwohner bringen sich aktiv in Formaten der demokratischen Dialogkultur im Rahmen der PD ein (2025, 2026)



Schutzkonzepte für zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure und Solidarität schaffen

Zielfeld 6

Die Koordinierungs- und Fachstelle sowie das federführende Amt erarbeiten ein eigenes Schutzkonzept. Die Partnerschaft befähigt durch Unterstützung, demokratische zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure dazu, eigene Schutzkonzepte zu entwickeln, insbesondere in Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden und Beratungsprojekten. Dazu gehört, dass die Partnerschaften gemeinsam mit den oben genannten Akteurinnen und Akteuren für antidemokratische Gefährdungen sensibilisieren und für Betroffene von demokratie- und menschenfeindlichen Bedrohungen und Übergriffen eintreten.

Handlungsziel 6.1

Kommune, Sicherheitsbehörden und zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure lernen sich in respektvollen Formaten kennen (2025, 2026)

Handlungsziel 6.2

Kommune, Sicherheitsbehörden und zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure machen ihre Zusammenarbeit transparent

Handlungsziel 6.3

Kommune, Sicherheitsbehörden und zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure erarbeiten präventive Handlungsstrategien

Handlungsziel 6.4

Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure handeln kompetent beim Schutz von engagierten Menschen

Handlungsziel 6.4

Betroffene haben Zugang zu Informations- und Unterstützungsangeboten im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie



Ausblick

Schwerpunkte des folgenden Förderjahres

- S&R Analyse
- Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit/Aufbau Infoplattform
- Rollenklärung
- Auftragsklärung
- Etablieren des Ämternetzwerkes
- bes. Thema Kommunalwahl

Zahlen und Fakten zur Demokratiekonferenz

An der Demokratiekonferenz der Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Goslar nahmen 36 Personen teil.

Darunter waren 9 Vertreterinnen und Vertreter von Vereinen, 3 PolitikerInnen, 4 VertreterInnen von Sozialen Einrichtungen, 11 Ehrenamtliche, 4 Personen aus der Arbeit mit Geflüchteten, 3 Polizistinnen und Polizisten, ein Vertreter einer Kirche, 9 MitarbeiterInnen aus verschiedensten Bereichen des Landkreises Goslar, 17 Bündnismitglieder, die Koordinierungs- und Fachstelle, ein Vertreter des Jugendforums und das Team des federführenden Amtes.

Anhang

Arbeitsergebnisse der Arbeitsphase

Aufnahmegesellschaft Landkreis Goslar

Thesen Rückläufiges ehrenamtliches Engagement | Wachsende Unzufriedenheit wegen a) Verknappung des Wohnraumes b) fehlender Kinderbetreuungsplätze c) zu großer Klassen in den Schulen und vielen Kindern ohne ausreichende Deutschkenntnisse d) Veränderung des Stadt- / Landkreisbildes e) abnehmende Kaufkraft, arbeiten „lohnt“ sich nicht

Situationen

Wohnungsmarkt

- Konflikt zwischen Widerspruch und Zustand
- Mietspiegel zu hoch

Kinderbetreuung

- Fehlende Betreuung in den Randzeiten
- Kita-Plätze werden zurückgehalten
- Unterrichtsausfall

Ehrenamt / Zivilgesellschaft

- Desillusionierung
- Junge Menschen sind mit sich selbst beschäftigt
- Zu wenig Orte zum Treffen und Austauschen
- Barriere durch Sprache

Arbeitsmarkt

- Arbeiten lohnt sich nicht

Bedarfe

Wohnungsmarkt

- Wohnungen in gutem Zustand
- Günstige Wohnungen

Kinderbetreuung

- Ausreichend Betreuungs- und Lehrpersonal an Kitas und Schulen
- Mehr auf die Ressourcen von Kindern schauen

Ehrenamt / Zivilgesellschaft

- Orte für öffentliche Begegnungen
- Junge Leute für soz. Engagement begeistern
- Es bedarf Ideen jungen Menschen zu berühren
- Möglichkeiten geben, um Hilfsbereitschaft zu leben
- Neue / mehr Ehrenamtliche
- Die aufgenommenen Menschen der letzten Jahre sind eine Ressource

Arbeitsmarkt

- Stärkung der Arbeitsmotivation

EinwohnerInnenstruktur im Landkreis Goslar

Thesen Sinkende Einwohnerzahlen | Überalterung: 45% sind älter als 50 Jahre alt | Hohe Anzahl von Zuzügen von Asylsuchenden (3.134 Menschen in 2022/23, vergleichbar zu den acht Jahren davor)

Situationen

- Fachkräftemangel in der Pflege
- Abwanderung junger Menschen
- Schlechte Infrastruktur
- Geschlossene Arztpraxen
- Keine Jugendpflegeangebote durch den Landkreis
- Zurückgegangenes ehrenamtliches Engagement (im Bereich Integration)
- Hohe Zuzugszahlen bei Geflüchteten
- Menschen mit nichtdeutsch klingenden Namen bekommen keine Ausbildung

Bedarfe

- Projekte, die Alt und Jung zusammenführen (z.B. Seniorenzentren und Schulen)
- Freundlicheres Familienklima
- Patenschaftsprojekte
- Flexiblere Infrastruktur
- Mehr Angebote für Jugendliche allgemein und
- Mehr Angebote für Jugendliche durch den Landkreis / städtischen Jugendzentren / Mehrgenerationenhäusern / Mütterzentrum
- Änderung der Budgetregeln im Gesundheitswesen
- Ehrenamtsspeeddating
- Ehrenamtliche Integrationshelfer
- Asylbewerber als Chance sehen – schnellere Anerkennung von Abschlüssen
- Offener sein – Akzeptanz der Vielfalt

Kriminalitätsentwicklung

Thesen Die polizeiliche Präventionsarbeit wirkt sich positiv auf die Kriminalitätsstatistik aus. | Kinder- und Jugendkriminalität (zunehmend Tatmittel Internet) | Eigentumsdelikte (Diebstahl Einbruch) | Gewalt- und Rohheitsdelikte (insbesondere Waffengebrauch/Messer)

Situationen

- Hass im Netz gegen AkteurInnen
- Verrohung der Kinder und Jugendlichen, kein Respekt vor anderen, die Eltern sind oft schlechte Vorbilder
- Brennpunkte (z.B. Bahnhof)

- Demokratiepaten der Polizei
- Subjektives Empfinden der Kriminalitätssituation passt nicht zur Realität
- Wenig rechtsextreme Aktivitäten im Landkreis Goslar (real, andere Situation online)
- Rassistische Beleidigungen im ÖPNV
- „Ausländerkriminalität entspricht nicht den Fakten
- Mangelnde Zivilcourage, es wird weggeguckt, fehlende Empathie, Egoismus ist vorherrschend
- Häusliche Gewalt

Bedarfe

- Schulungen im Umgang mit Social Media, auch für Eltern, aber vor allem für die Kinder, das sind die Eltern von morgen
- Ausgleichsmaßnahmen zum Abbau von Frust, Gewaltfantasien, wie z.B. Sport vorm Schulunterricht
- Einsatz von Streetworkern und Möglichkeiten für Treffpunkte bieten
- Schulpräventionskonzept (spätestens ab 4. Klasse, eher ab Klasse 1)
- Einrichtung einer neutralen Anlaufstelle zur Erfassung von Übergriffen, Tötlichkeiten, rechtsextremen Vorkommnissen (ohne gleich alle eigenen Daten preisgeben zu müssen)
- Besser Schutz für Busfahrer*innen gegen rassistische Übergriffe
- Zivilcouragekampagne in Zusammenarbeit mit Polizei / Feuerwehr / Schulen
- Zeitnahes konsequentes Handeln von allen AkteurlInnen
- Einrichtung einer Fachberatungsstelle „häusliche Gewalt“
- Förderung von Empathie / Erlernen eines konstruktiven Umgangs miteinander

Rassismus | Extremismus | Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Thesen Rechte Positionen finden sich in der Mitte der Gesellschaft wieder | Desinformationen verbreiten sich schnell durch soziale Medien, werden nicht hinterfragt und passen zunehmend in die Wahrnehmung | Bundesweite Stärkung von rechten Parteien zeigt Wirkung | Zunahme auch bei Mitarbeitenden staatlicher Stellen

Situationen

- Fake News / False Balancing / Algorithmen
- Extrem hohes Wahlergebnis der AFD im Landkreis (zu geringe Wahlbeteiligung)
- Rassistische Beleidigung und Hetze
- Fehlende Sichtbarkeit der bürgerlichen Mitte
- Extrem viele radikale Sticker
- Exklusion von behinderten Menschen
- Abstumpfung durch die Vielzahl von Übergriffen

Bedarfe (konsequent und zeitnah umsetzen)

- Medienkompetenz stärken und präsent sein in den sozialen Medien
- Faktencheck
- Gespräch führen (Argumentationstraining)

- Engagement stärken und attraktiv machen
- Einrichtung einer lokalen Antidiskriminierungsstelle
- Meldestelle
- Gesetze für digitale Netzwerke müssen umgesetzt werden
- Inklusionsplan
- Eigene Positionen erarbeiten und darstellen
- **Begegnung schafft Verständnis**

Zur freien Entfaltung

Welche Situationen fehlen Ihnen? | Welche Bedarfe fehlen Ihnen? | Wo liegen dringende Handlungsfelder? | Was sollte in den nächsten Jahren bearbeitet werden?

Situationen

- Wahlen und politische Teilhabe (kommunal)
- Anträge u.a. für Ausländer sind in zu schwieriger Sprache
- SPD, CDU fehlen bei der Demokratiekonferenz
- Internationale Kontakte zum besseren Verständnis

Bedarfe

- Demokratieunterricht – wie funktioniert Kommune?
- Einfache Formulare bei Weiterbewilligung
- Teilnahme von SPD und CDU an Demokratiekonferenz erbitten

Anmerkungen | Lob | Kritik

- Kurze Wege
- Intensive Begleitung
- Schnellere Umsetzung
- Vereinfachung der Anträge
- Wenige planen, vorentscheiden – mehr machen und die Ergebnisse bewerten | Risiko statt Verwaltung